

ÖRK-Zentralausschuss mit Schwerpunkt Christen im Nahen Osten und gerechter Frieden

Hannover, 15.02.2011/APD Die Notlage der Christen im Nahen Osten, ein ökumenischer Aufruf an die Kirchen zum Engagement für gerechten Frieden und Planungen für die 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) im Jahr 2013 werden im Mittelpunkt der Tagung des ÖRK-Zentralausschusses stehen, die vom 16. bis 22. Februar in Genf stattfindet. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist mit fünf Delegierten im Zentralausschuss vertreten.

Besondere Beachtung solle bei den Beratungen die schwierige Situation der Christen im Nahen Osten finden, teilte Martin Hein, Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und einer der EKD-Delegierten, mit. „Christen werden regelmäßig Opfer von Anschlägen wie im Irak oder wie jüngst in Ägypten. Andere sehen keine Zukunft mehr vor Ort und kehren ihrer Heimat den Rücken. Wir wollen erfahren, wie die Kirchen in Nahost die aktuelle politische Entwicklung in der Region und ihren Ländern einschätzen.“ Das gelte für den Irak und den Libanon ebenso wie für Ägypten und Tunesien. „Der Ökumenische Rat der Kirchen ist ein gutes Forum, um an den Nöten der Brüder und Schwestern in der ganzen Welt teilzuhaben“, so Hein.

Als weiterer Schwerpunkt sei die Frage nach der Gewaltüberwindung und einem gerechten Frieden zu erwarten. Der Zentralausschuss werde wichtige Akzente für die vom 18. bis 24. Mai auf Jamaika stattfindende Internationale Ökumenische Friedenskonvokation setzen. „Bei seinem ersten Zusammenkommen nach dem Auslaufen der ‘Dekade zur Überwindung von Gewalt‘ wird der Zentralausschuss sich nicht nur mit einem Rückblick zufrieden geben. Es gilt, die ‘Ernte‘ der Dekadearbeit weiter

fruchtbar werden zu lassen und Impulse für weitere Prozesse und Aktivitäten aufzunehmen. Die Friedenskonvokation bietet hier reizvolle Möglichkeiten“, legte Oberkirchenrat Jens Nieper dar, der bei der EKD für die Zusammenarbeit mit dem ÖRK zuständig ist.

Martin Schindehütte, Auslandsbischof der EKD und ebenfalls Mitglied im Zentrallausschuss, unterstrich, dass der Zentrallausschuss sich auch weiter mit der Verbesserung der internen Strukturen des ÖRK beschäftigen werde: „Trotz einer wachsenden Mitgliederzahl muss der ÖRK mit stetig schrumpfenden Haushaltsmitteln auskommen. Aber in erster Linie ist es weniger der Finanzdruck, der Reformen erfordert, sondern die sich wandelnden Interessen, Möglichkeiten und Bedürfnisse der Mitgliedskirchen.“ So sei weiterhin zu prüfen und zu klären, welche Aufgaben und Kompetenzen an welcher Stelle der ÖRK-Strukturen angesiedelt seien beziehungsweise sein sollten. „Die Kirchen denken dabei nicht nur einfach an eine Optimierung einer Organisation. Vielmehr geht es um die Gestaltung einer lebendigen Gemeinschaft. Wenn der ÖRK in einen weiterführenden Dialog mit den Pfingstkirchen tritt und weiter an einem gemeinsamen Verständnis von Mission arbeitet, sind dafür effektive Formen notwendig.“

Gerade diese Themen würden auch eine gewichtige Rolle während der 10. ÖRK-Vollversammlung spielen, die 2013 im südkoreanischen Busan stattfinden soll. Schindehütte und Hein seien sich einig: „Der Zentrallausschuss muss auf der anstehenden Sitzung wegweisende Eckpunkte für die Vollversammlung festlegen. Dazu sind kontroverse Debatten zu erwarten.“

Der Zentrallausschuss ist das wichtigste Entscheidungsorgan des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Zeit zwischen den Vollversammlungen und tritt alle 18 Monate zusammen. Dem ÖRK gehören 349 evangelische, orthodoxe, anglikanische und andere Kirchen an, die zusammen über 560 Millionen Christen in mehr als 110 Ländern repräsentieren. Die EKD ist im Auftrag aller

deutschen Landeskirchen Mitglied im ÖRK und mit fünf Delegierten im Zentralausschuss vertreten.

Die römisch-katholische Kirche und die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gehören dem ÖRK nicht an, arbeiten aber als Berater und Beobachter in mehreren Gremien des ÖRK mit. Die Heilsarmee war Mitglied des ÖRK, lässt aber ihre Mitgliedschaft seit 1978 ruhen, da sie die Unterstützung der militanten Befreiungsbewegungen in Afrika ablehnte. Sie ist jedoch in verschiedenen Gremien des Rates vertreten und arbeitet an einigen ÖRK-Projekten mit.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!